Nr. 101 Abend-Ausgabe
B 50

Berlin

Donnerstag, 28. Februar 1929
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredaktour: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3660—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3696—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 600.

Der „Grundriß" von Paris

Die Arbeit der Young-Kommission

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ist **Paris**, 28. Februar

„Im Hotel George V. nichts Neues!" lauten, seitdem die Sachverständigenkonferenz ihre Aktivität ganz in die Kommissionen verlegt hat, nach berühmtem Muster die täglich über den Stand der Verhandlungen ausgegebenen offiziellen Mitteilungen. Die Konferenz hat in dieser Woche bisher nur eine einzige Vollsitzung abgehalten, und nach den bisherigen Diskussionen scheint es nicht, daß ihr bis zum Wochenende eine neue folgen wird. Man kann darin ein gutes oder ein schlechtes Zeichen sehen, je nachdem man von Hause aus zum Optimismus oder zur Skepsis neigt.

Die Pariser Presse, die sich in letzter Zeit größerer Zurückhaltung befleißigt hat, bemüht sich heute mit einem Aufwand von guten Willen, dem etwas monoton gewordenen Konferenzverlauf die gute Seite abzugewinnen. Sauerwein im „Matin" stellt den Sachverständigen das Zeugnis aus, daß sie gut gearbeitet hätten, und daß das von ihnen naufgerichtete Gebäude solid zu sein scheine. Nur steht dieses Haus einstweilen noch ganz auf dem Papier. Es ist kaum mehr als ein Grundriß.

Es sind bereits drei Etagen eingezeichnet: die erste für den Teil der Annuitäten, für den Deutschland auf den Schutz der Transferklausel verzichtet, die zweite, die die Sachleistungen beherbergen soll, und die dritte für den geschützten, d. h. von den realen Transfermöglichkeiten abhängigen Teil der deutschen Zahlungen.

Man diskutiert sogar bereits über die innere Einrichtung der Etagen. Nur über eines hat man bisher nicht gesprochen: über ihre Größenverhältnisse, und so fehlt dem Plan einstweilen noch das Wesentlichste, das Fundament und der Maßstab. Beide aber sind für die Konstruktion des Gebäudes die Hauptsache.

Die Scheu vor Ziffern hat die Konferenz bisher über Prämiennarien nicht hinausgelangen lassen. Eine etwas merkwürdige Psychose bei Leuten, die, Führer der Hochfinanz und der Schwerindustrie, im ständigen Wirbel der Zahlen zu leben gewohnt sind, von Geschäften nur in Ziffern zu sprechen pflegen. Alle Anstrengungen, die eine oder andere Delegation zum Reden zu bringen, sind bisher vergeblich geblieben. Keine ist aus ihrer Reserve herausgetreten, jede aber möchte, daß die andere damit den Anfang mache.

Die französischen Sachverständigen scheinen es nunmehr auf Umwegen versuchen zu wollen. Sie haben heute in ihrem der Pariser Presse gegebenen Mitteilungen zum ersten Male einen mit Zahlen beschriebenen Versuchsballon aufsteigen lassen, wohl in der Hoffnung, auf diese Weise die bisher ängstlich vermiedene Diskussion in Gang zu bringen.

Die Uebereinstimmung, mit der sämtliche Pariser Blätter über ein angebliches deutsches Angebot berichten, läßt jedenfalls dank der offiziösen Inspiration keinen Zweifel bestehen. Die einen wollen wissen, daß Dr. Schacht in einer Unterredung mit Sir Josiah Stamp für die Höhe der von Deutschland aufzubringenden Annuitäten eine Ziffer genannt habe, die ungefähr zwischen einem Drittel und der Hälfte der alliierten Mindestforderungen liege.

Andere glauben, das Angebot sogar bereits auf 1 Milliarde Goldmark präzisieren zu können, demgegenüber die alliierten Ansprüche auf 3,5 Milliarden beziffert werden, und zwar selbst von Blättern, die noch vor zwei oder drei Wochen sehr nüchtern und realpolitisch die Auffassung vertreten haben, daß die Alliierten sicher bereit sein würden einen deutschen Verzicht auf die Schutzbestimmungen, die bisher einer ganzen oder teilweisen Mobilisierung der Annuitäten im Wege gestanden haben, mit einer entsprechenden Reduktion der gegenwärtigen Zahlungen von 2,5 Milliarden zu erkaufen

Das Kartenhaus

Der neue Führer der Deutschnationalen Partei, Geheimrat Dr. Alfred Hugenberg, hat gestern in Stettin gesprochen. Seine Parole einer radikalen Oppositionspolitik stößt bei den Führern des Landbundes auf Widerstände. Nicht als ob man in der preußischen Bundes zur politischen Mäßigung neigte! Weit gefehlt! Niemand wird den Abgeordneten Schlange-Schöningen in einem solchen Verdacht heben. Aber das Hemd ist auch dem eifrigsten Heißsporn immer noch näher als der Rock. Man braucht die Hilfe des Staates und sieht mit Mißvergnügen, daß Hugenbergs blinder Eigensinn jede Rettungsmöglichkeit zu zerstören droht. Von diesen Bedenken war in der Kundgebung nicht die Rede. Mit Marschmusik einer uniformierten Kapelle und mit lauten Worten von der nationalen Einheitsfront wurden die ernsten Sorgen der besonnenen Leute übertönt.

Wegen seiner früheren Reden, die das Gespenst einer neuen Inflation an die Wand malten, ist gegen Hugenberg der Vorwurf des wirtschaftlichen Landesverrats erhoben worden. Offenbar empfindet er die ganze Schwere dieser Anklage. Unter seinem Regime hat das politische Demagogententum eine bösartige Elite entwickelt. Der Vorwurf des Landesverrates ist zur alltäglichen Gewohnheit der rechtsradikalen Redner und Schreiber geworden. Wer in außenpolitischen und militärischen Fragen andere Wege geht als die Anbeter der Gewalt, der riskiert, von diesen Kreisen als Verfechter ausländischer Interessen angefeindet zu werden. Wenn man diesen Maßstab an die Aktionen des deutschnationalen Führers anlegen wollte, so wäre es leicht, seine wirtschaftliche Schwarzmalerei weniger auf die Besorgnis eines weitblickenden Patrioten zurückzuführen, als auf den Wunsch der politischen Desperados, die Not des Volkes zu vergrößern bis zu einem Grad, der ihren Diktaturplänen günstig sein könnte.

Man erinnert sich, daß die Veröffentlichung des belgisch-französischen Dokuments der deutschnationalen Parteikorrespondenz das Stichwort zu der Behauptung lieferte, es sei mit einem „zweiten Ruhr-Einmarsch" zu rechnen. Mit dem ersten Ruhr-Einmarsch verbindet sich die entsetzliche Katastrophe der Inflation, die dem deutschen Mittelstand den Garaus gemacht hat und noch heute in den mannigfachsten Notständen aller Schichten nachwirkt. Diese Notzeit der Nation bedeutete gleichzeitig den Höhepunkt der Macht für die Kreise um Stinnes und Hugenberg. Die Stabilisierung der Währung und das Dawes-Abkommen haben erst wieder einen festen Boden geschaffen, auf dem sich weiter arbeiten ließ. Ein Boden, der noch schwankt, dessen Tragfähigkeit allzu schweren Belastungsproben nicht ausgesetzt werden sollte.

Die Deutschnationale Partei hat die Annahme des Dawes-Plans ermöglicht. Hugenberg, der selbst in der entscheidenden Abstimmung am Erscheinen verhindert war, hat unmittelbar darauf eine Kampagne entfesselt, die alles Unheil auf dieses Abkommen zurückführte. Mochte es sich zunächst um ein Verwirrungs- und Ablenkungsmanöver handeln, so steckte man allmählich die Ziele höher. In seiner gestrigen Rede hat Hugenberg unter Hinweis auf den Vorwurf des wirtschaftlichen Landesverrats, der ihm gemacht wird, einen neuen Angriff auf die deutsche Währung unternommen.

Es kommt nicht auf die nominelle Währung eines Landes an, so erklärt er wörtlich, die künstlich von seinem Hauptgläubiger —Amerika — durch ständigen „Nachschußkredit" aufrecht erhalten wird. Eine Währung, die bei ausgestendem „Nachschuß" offenbar nur durch Strangulierung der Wirtschaft aufrecht erhalten werden kann, eine Währung, die nicht von einer gesunden Wirtschaft und einem gesunden Staate getragen wird, ist keine wirkliche „Währung". Wir lohnen es ab, uns von deutschen Politikern und ausländischen Geschäftstalenten einreden zu lassen, daß eine Währung gut sei, in der jährlich Milliarden von Auslandsanleihen aufgenommen werden, die bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes in keiner Form zurückgezahlt werden können — **eine Währung, die uns das Ausland in dem Augenblick, wo es ihm gut scheint, umblasen kann wie ein Kartenhaus."**

Die deutsche Währung: ein Kartenhaus! Eine Behauptung, so frivol und so gemeingefährlich, daß es zur Unmöglichkeit wird, sie auf guten Glauben zurückzuführen. Oder weiß der Geheimrat Hugenberg nicht, was er redet? Weiß er nicht, daß die Warnung an die Privatkapitalisten des Auslandes, an Deutschland Gelder zu geben, geradezu katastrophale Folgen haben kann? Weiß er nicht, daß es nicht nur rechtsradikale Nutznießer der Panikstimmung, die er verbreitet, sondern auch linksradikale Elemente gibt, die mit dem Schlagwort der Befreiung vom Weltkapitalismus noch besser Beseitigen wissen, als die früheren Generaldirektoren und Generalstäbler.

Auffallend in der Stettiner Rede Hugenberg war der Satz: „Ein richtig rechnender deutschen Kaufmann kann an ein Ende des Transfer-Schutzes, der, richtig gehandhabt, heute das Ende unserer Tributzahlungen bedeuten würde, nicht

Verfassungsreform als Wahlparole?

Die Warschauer Verfassungsdebatte

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ibi **Warschau**, 28. Februar

Der polnische Sejm erlebte gestern den Höhepunkt seiner großen Debatten über die Abänderung der Verfassung. Für die Pilsudski-Anhänger sprach Fürst Radziwill, der unter allgemeiner Aufmerksamkeit erklärte, als Parlamentarier und Sohn eines alten Parlamentariers hoffe er, daß der Kampf auf parlamentarischem Boden ausgetragen würde. **Polens auswärtige Lage sei nicht günstig. Einer seiner Nachbarn erkläre offen, daß er einen Teil des polnischen Staatsgebietes für sich beanspruche.** Daher müsse man die inneren Verhältnisse mit besonderer Zurückhaltung und Rücksichtnahme besprechen und ordnen. Von den Parteiführern würden Opfer verlangt, aber nur im Interesse des Landes.

Wäre ich, so schloß der Redner, ein Engländer, dann würde ich den vorliegenden Verfassungsentwurf mindestens ebenso scharf kritisieren und ablehnen wie die Führer der polnischen Sozialisten das tun. Aber es ist unmöglich, die polnische Verfassung losgelöst von der polnischen Wirklichkeit zu betrachten, die ein so großes Maß von Freiheitsrechten nicht zuläßt.

Der Verfassungsrechtler der Linken, der sozialistische Abgeordnete Verfassungsbestimmungen sei verhältnismäßig unwichtig, da in keinem Falle eine Garantie ihrer Einhaltung gegeben sei.

Der Verfassungsrechtler der Linken, der sozialistische Abgeordnete Dr. Liebermann, verglich den Entwurf der Pilsudski-Anhänger mit den Verfassungsgrundsätzen des Bonapartismus und wies darauf hin, daß selbst in formellen Einzelheiten bereits monarchistische Formen darin vorgesehen seien, wie z. B. in der Bestimmung einer „Zivilliste" für das Staatsoberhaupt. **Keine Monarchie setze so große Rechte für den höchsten Würdenträger nur wie die jetzige Vorlage der Pilsudski-Anhänger. Die polnischen Staatsbürger würden unter einer solchen Verfassung selbst nach die Neger der Republiken Liberia und Haiti um ihre Rechte beneiden müssen.** Der Verfassungsentwurf setze voraus, daß der künftige Staatspräsident eine geniale Persönlichkeit sei. Das lasse sich aber durch keinerlei Rechtsbestimmungen sichern. Dem Fürsten Radziwill sei zu antworten, daß das polnische Volk nicht soviel weniger reif zur Demokratie sei, als er annehme. Die Volksmassen würden selbst alle ihre Kräfte anstrengen, um die Annahme dieses Entwurfes zu verhindern.

Nach der gestrigen Rede Radziwills nimmt man allgemein an, daß der zunächst von einem Teil der Pilsudski-Organe ausgesprochene Gedanke, den neuen Verfassungsentwurf im Falle seiner Ablehnung durch den Sejm mit Gewalt zu oktroyieren, wieder fallengelassen worden sei. **Man nimmt infolgedessen an, daß nach der Ablehnung der Vorlage von der Regierung noch im Laufe dieses Jahres Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die Verfassungsfrage würde damit zur Wahlparole werden.**

Große Pläne für die „Stadt des Vatikans"

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

mp **Rom**, 27. Februar

Nach den Informationen Ihres Berichterstatters scheint der Papst die Bezeichnung seines Territoriums als „Stadt des Vatikans" nicht ohne bestimmte Absicht gewählt zu haben. Er trägt sich mit großzügigen und durchaus modernen Plänen, für die der bekannte italienische Stadtbaumeister Beltramelli zugezogen wurde, um auf dem kleinen Gebiet eine in jeder Beziehung vollkommene und der Neuzeit entsprechende Stadt gestalten zu lassen, die von zwei großen Prunkstraßen in drei deutlich getrennte Stadtteile zerlegt werden soll.

„Meine Stadt soll," so erklärte der Papst, „vollkommen und würdig sein der Schöpfe, die sie einschließt, ohne den heiligen Charakter aufzugeben, der sie vor allen anderen Städten auszeichnet." So wird in dieser Stadt auch alles zu finden sein, was zu einem Staat gehört, also die verschiedenen Ministerien und Behörden, wenn auch en miniature.

Interessant ist, daß der Eingang in die päpstlichen Paläste, der heute beim berühmten Bronzenen Tor liegt, verlegt werden soll, und zwar hinter die Basilika von St. Peter, wo etwa auf der Höhe der mittleren Längsachse des Domes ein Prunktor als Eingang in die Paläste errichtet werden soll.

0356